

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen ausser.
Der Abonnementspreis beträgt bei teiler Zahlung im Voraus für sechs Monate 1.20 M. im
voraus zahlbar. für Postbezugsnehmer sämtliche Postämter Deutschlands, Postämter
Unter-Steinbock bezogen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland
16.— M. jährlich. Valutaausschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20.50 M.
Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 13/14.
Verlagsleiter: Kurt Reuber 833-36 und 9769.

Die wichtigsten Tagesereignisse über deren Raum folgt 4.— MZ. einschließlich
Einsparungsfragen. Kleinanzeigen: Der jetzige Monats Preis 2.— MZ. jedes weitere
Wort 1.50 MZ. einschließlich Einnahmestellen. Einfache Anzeigen laut Tarif
familien- und Stellenangebote 1.20 MZ. jedes weitere Wort 1.— MZ.
Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6. Schiffbauerdamm 13
Verlagsleiter: Kurt Reuber 833-36. Buchhandlung Jentram 2645
„Freiheit“-Buchdruckerei Jentram 2630.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Diktatur des Kapitals.

Die Konzentration des Kapitals schreitet in einem raschen Tempo voran, während immer weitere Teile des Volkes von der Verelendung ergriffen werden.

Während auf der einen Seite die großen Summen alten Reichtums sich um die phantastischen Gewinne aus Kriegs- und Nachkriegswirtschaft vermehren, führt die Steigerung aller Preise, die Entwertung des Geldes zur Vergrößerung der proletarischen Masse durch die proletarischen Angehörigen, Beamten, Intellektuellen und Kleinrentnerbetrieblenden. Ob diese Schichten des früheren Mittelstandes rascher oder langsamer zur Erkenntnis ihrer proletarischen Lage gelangen, ob der Aufrüttelungsprozess der ökonomischen Umwälzung sie früher oder später aus den überkommenen Vorstellungen befreit, erscheint nebensächlich gegenüber dieser ungeheuren Konzentration des Elends, der Verarmung und des Kampfes um das tägliche Brot. Eine Kriegerarmee von Soldbürgern ist aus der bisherigen leidlich gesicherten Lebenslage hinausgeschleudert und dem typischen proletarischen Schicksal ausgeliefert, bei einer kurzen Arbeitslosigkeit ohne die Möglichkeit einer Existenz zu sein. Noch sind sich die Wenigsten von ihnen über die grundsätzliche Veränderung klar, die sie innerhalb der modernen Gesellschaft erleiden haben, noch glauben sie zum Teil, nach einer kurzen Periode der Entbehrung, der „landesgemäßen“ extragenen Not zurückkehren zu können in den Rahmen ihrer früheren Existenz. Noch erkennen sie nicht, daß sie nur das Schicksal der bereits früher proletarisierten Kleinbürgerlichen Schichten teilen, daß die moderne Arbeiterklasse sich zumeist gebildet hat aus den im Laufe der kapitalistischen Entwicklung, der fortschreitenden Mechanisierung und Entleerung freigesetzten Massen von Handwerkern, Bauern, Gewerbetreibenden u. a. mehr.

Weil dieses neue Heer des deutschen Proletariats sich zu einem großen Teile wieder über seine gesellschaftliche Stellung noch über seine materielle Lage im Klaren ist, klettert der Prozess der Erkenntnis in zahllosen Hirnen so langsam fort. Der einzelne Mensch klammert sich an überkommene Vorstellungen, an Gewohnheiten und alte Ueberzeugungen mit der Angst vor dem Sturz in einen drohenden Abgrund, die jeder Zweifel an der bisherigen Ordnung des Lebens auslöst. Immer wieder wird versucht, den Konsequenzen des eigenen Erlebens zu entkommen, Gedanken niederzuschlagen, den festen Bau der erblichen Welt zu erhalten. Aber es ist auf die Dauer unentbar, daß die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse ohne tiefgehende Rückwirkungen auf Vorstellungen und Ueberlegungen der Menschen bleiben kann, und mer die Erscheinungen der letzten Monate aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß in vielen Gehirnen der Zweifel erwacht, in vielen Köpfen der Anfang einer Erkenntnis sich bereits durchgesetzt hat und daß in zahlreichen Menschen der Wille zur Wandlung lebendig geworden ist.

Immer deutlicher wird es der großen Masse des Volkes, in welcher rücksichtslosen Form der Kapitalismus die Volkswirtschaft als das Mittel der Bereicherung ansieht. Für die kapitalistische Wirtschaftsordnung gibt es nur einen Zweck: Profit. Die großen Höhen wird alles untergeordnet, ihm wird jede verfügbare Kraft dienstbar gemacht. Nicht die Steigerung der Produktivität an sich erscheint als Aufgabe der Wirtschaft. Der Grad der Produktivität wird abhängig gemacht von der Höhe des erzielbaren Gewinnes. Wenn Verringern der Erzeugung hohe Preise und guten Nutzen verbirgt, gesteigerte Güterherstellung aber niedrige Preise und geringen Nutzen (im Verhältnis zu dem Umfang des angewandten Kapitals oder der Möglichkeit reichlicher Ertragsnisse in einem anderen Zweig der Wirtschaft), dann steht ein Teil der Fabriken still, gleichgültig, ob der Mangel sich noch so drückend bemerkbar macht. Unter dem Gesichtspunkt der Rentabilität werden Schulen gegründet, Forschungsinstitute errichtet. Aus der Höhe des Reinertrages wird der Wert aller wirtschaftlichen Güter, des Grund und Bodens und der Menschen errechnet.

Während das deutsche Proletariat sich wegen der Frage: Demokratie oder Diktatur erbittert bekämpft, während Anarchisten und gute Menschen sich und ihren Freunden klar machen wollen, daß auf dem Wege der Gesetzgebung, der demokratischen Willensäußerung des Volkes eine Veränderung dieser wirtschaftlichen Verhältnisse sich herbeiführen ließe, arbeiten die kapitalistischen Herrscher an der Befestigung ihrer Macht und lassen aller Vorschriften und Verordnungen, mit denen Parlament und Regierung eine Neuordnung durchzuführen suchen. Von allen Töchtern weisen es die Großen, daß Kriegsgewinnsteuer, Reichsnotopfer und wie die Steuern alle heißen, mit denen man dem Kapitalisten zu Leibe will, längst zu einer Farce geworden sind. Selbst in den bürgerlichen Wäldern rauscht die Ent-

Unruhen in Irland.

Blutige Straßenkämpfe.

Paris, 17. Mai.

Dublin meldet aus London: Ueber die Zwischenfälle, die sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in Londonderry (Irland) ereignet haben, meldet das englische Blatt „Globe“ folgende Einzelheiten: Vier Stunden lang wurde in den Straßen von Londonderry gekämpft, wobei ein Wachmeister getötet und ein anderer verwundet wurde. Die Unionisten und die Sinnfeiner haben zwei Waffen der Stadt besetzt und sich gegenseitig beschossen, da sich die Polizei zurückgezogen hatte. Es wurden zahlreiche Schaufenster und Lokaltüren eingeschlagen. Kurz nach Mitternacht erschien die mit Gewehren ausgerüstete Polizei wieder auf dem Schauplatz und verhaftete alle waffentragenden Personen.

Am Abend des 15. Mai begannen in Londonderry von neuem Unruhen. Ein ehemaliger Soldat wurde getötet, mehrere Personen verletzt. Die Polizei mußte sich aus dem gefährlichen Gebiet zurückziehen. — In Bantry sind nach einer Reutermeldung 20000 Soldaten gelandet, um über die Grafschaft Co. in Abständen von fünf englischen Meilen verteilt zu werden. Auch am Montag wiederholten sich die Zusammenstöße in Londonderry. Polizei und hundert Soldaten mit einem Maschinengewehr verhinderten ernste Ereignisse.

Wahlterror in Bayern.

München, 18. Mai.

Die Beschwerde gegen das Verbot des Hauptorgans der bayerischen Unabhängigen „Der Kampf“, die seit 14 Tagen anhängig war, ist nunmehr verworfen worden. Die Unabhängigen haben gegen diese Entscheidung einen Protest an die Bayerische Staatsregierung gerichtet mit der Begründung, daß das Verbot des Blattes eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit bedeute und die Grundlage zur Anfechtung der Gültigkeit der Wahlen für den Reichstag und Landtag liege.

Das Verbot unseres Münchener Bruderorgans ist eine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit, wie sie bösartiger nicht gedacht werden kann. Es ist das eine Folge der in ihrer Raubeit reaktionären Haltung der Regierung in der Frage des Verlegungsstandes, die in der Rundgebung des demokratischen Reichsministers des Innern zum Ausdruck kommt. Wenn die Regierung die überall in den Verwaltungsorganen und Justizbehörden stehende Reaktion „ergebnislos“ erfuhr, von Zeitungsverboten abzugehen, so macht sie die hierhergehörige Mut zu solchen Streichen. Alles in allem ist dieses ein

rüstung über Herrn Stinnes, dessen Milliardengewinn zum Ankauf einer riesigen Zahl der verschiedensten Unternehmen Verwendung finden, als ob niemals die Nationalversammlung die Besteuerung der Kriegsgewinne, die 167 000 Mark übersteigen, zum Geschehen erhoben hätte.

In den gemeinwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, die für die wichtigsten Rohprodukte des Landes gebildet worden sind, um einen Ausgleich zwischen kapitalistischen und allgemein-wirtschaftlichen Interessen herbeizuführen, legt sich der rücksichtslose Profitwille der Unternehmer durch, allzu oft unterstützt von Arbeitervertretern, die aus dem Gedankenkreis der Arbeitsgemeinschaft heraus teilnehmen an der Herrichtung unierer Wirtschaft. Wenn die Regierung in einzelnen Fällen einmal nicht so tanzt, wie die Großindustrie es fordert, dann behaupten die kapitalistischen Hochtöchter trotzdem ihren Willen wie vor wenigen Monaten in der Eisenindustrie, als ohne Rücksicht auf die angelegten Notierungen von den Abnehmern Extraleistungen gefordert und natürlich auch durchgeführt wurden, die eine indirekte Erhöhung der vom Reichswirtschaftsministerium beschäftigten Preise bedeuteten. Oder sie erklären — wie das Stahlindustriat, dessen Valutaprofite einen unerhörten Umfang angenommen haben —, daß, wenn der Gedanke einer besonderen Belastung der Auslandslieferungen verwirklicht werden sollte, eine weitere starke Erhöhung der Inlandspreise nicht zu vermeiden wäre.

Diese wenigen Beispiele sollen nur zeigen, daß die großen kapitalistischen Interessentengruppen gar nicht daran denken, die parlamentarische Demokratie zu respektieren, sondern rücksichtslos dafür sorgen, daß die Erweiterung und Befestigung ihrer Machtpositionen ungehindert fortschreiten

trefflicher Beitrag zur Wahlaufklärung. Wenn die Regierung auf solche Art die finsternste Reaktion führt, so muß sie — nebst den hinter ihr stehenden Parteien — mit der Reaktion bekämpft werden.

Polens Ansprüche.

Wien, 18. Mai.

Nach Mitteilungen des polnischen Gesandten Sarcota an Pressevertreter hat der polnische Minister des Auswärtigen Batel auf seiner Reise nach Paris in San Remo und Rom bei den leitenden Entschensamännern volles Verständnis für Polens Haltung gegenüber Sowjetrußland gefunden; der polnische Vorschlag sei als notwendige Abwehrmaßregel gewürdigt worden. Batel vertrat in Paris und Rom den Standpunkt, daß Polen nur die Wiederherstellung der Grenzen von 1772 wünsche. Sarcota teilte mit, Polen sei neuerlich zu Friedensverhandlungen bereit und bestche nicht mehr auf Warschau als Verhandlungsort. In der Danziger Frage werde dem polnischen Verlangen nach Durchführung des Versailleser Friedens Rechnung getragen. Günstig sehe auch die Frage Preussisch-Schlesiens, wo die polnische Regierung die Aufhebung der deutschen Sicherheitswehr im Weichselgebiet und die Regelung der Kohlenfrage wünsche. Zur Konferenz in Duna würden Vertreter Polens zugesogen werden.

Krasin über die polnische Offensive.

Kopenhagen, 18. Mai.

Der Leiter der russischen Handelsabordnung, Krasin, gewährte einer Anzahl von Pressevertretern eine Audienz und sagte dabei: Die Offensive der Polen gegen Mährensland erscheint uns ebenso wenig wie die frühere Offensive der Verbändstruppen. Es wird bei dieser Offensive ebenso gehen, wie bei den früheren. Nach einigen Fortschritten und Erfolgen wird der vorrückende Teil unserer Truppen umringt und vernichtet werden. Das ganze russische Volk ohne Rücksicht auf die politische Anschauung hat sich erhoben und wird wissen, die polnische Eroberungsoffensive zurückzuschlagen. General Brussilow steht jetzt an der Spitze der Truppen, was der beste Beweis dafür ist, daß jetzt alle Kräfte sich allmählich gefunden haben.

Eine russisch-tatarische Kriegsmacht in Baku.

H. N. London, 18. Mai.

Der „Times“-Korrespondent in Teheran erfährt von zu ständiger Stelle, daß in Baku eine gemischte russisch-tatarische Kriegsmacht von 50000 Mann verammelt werde, um gegen Georgien und Baku vorzurücken und mit den Nationalisten unter Mustafa Schamal Verbindung zu erhalten.

kann. Sie reden von dem Creuseiner Diktatur des Proletariats, finanzieren den Kampf gegen den Bolschewismus und benutzen den günstigen Augenblick für die Durchführung ihrer eigenen kapitalistischen Diktatur.

In der Kohle-, Eisen- und Kali-, in der chemischen und der Elektro-Industrie, ebenso wie im Bankwesen bilden sich neue gewaltige Organisationen. Allein in den letzten Wochen haben die A. E. G. eine Kapitalerhöhung um 100 Millionen, die Siemens u. Halske A.-G. um 63 Millionen, der Bergmann-Konzern um 28 Millionen Mark beantragt. Weitere große Obligationenanleihen werden von allen drei Unternehmen aufgenommen.

Die Interessengemeinschaft der chemischen Industrie, der die höchsten Farbwerke, die Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., die Alk.-Gef. für Anilinfabrikation und die Badische Anilin- und Sodafabrik angehören, hat vor einiger Zeit ihr Kapital verdoppelt.

Der Umbildungsprozess in der Kohle- und Eisenindustrie, der zum Teil durch den Verlust elias-föhringischen Besitzes und die Veränderungen im Saarrevier eingeleitet wurde, ist noch lange nicht abgeschlossen. Döppfen, Peter Klöbner, Stumm und andere Montanindustrielle sind augenblicklich mit riesenhafte Projekten, die erst zum Teil öffentlich bemerkbar sind, beschäftigt. Die Besitzkonzentration in wenigen allmächtigen Händen macht schnelle Fortschritte und die Entwicklung zu einem gewaltigen Trüß, der weit über den Rahmen einer Industrie hinausgeht, ist deutlich zu erkennen.

Im Bankgewerbe zeigt sich eine ähnliche Tendenz.

Interessensbindung, Verflechtung und Vereinerung, die zuletzt bei der Commerz- und Diskontobank in Erscheinung getreten ist. Diese Berlin-Camburger Großbank, die im Laufe des Jahres bereits die Creditbank Duisburg, die Eisleberer Diskontogesellschaft und die Bankfirma Hermann Gutmann in Filialen umgewandelt hat, übernimmt jetzt die mitteldeutsche Privatbank sowie die Breslauer Bankfirma C. von Bachaus Enkel und erhöht ihr Aktienkapital von 85 auf 200 Millionen Mark. Aus dem verhältnismäßig niedrigen Kapitalziffern läßt sich allerdings kaum eine Vorstellung der Bedeutung dieser Banklosse gewinnen. Ein Blick auf den Geschäftsumfang der Commerz- und Diskontobank, die unter den Berliner Großbanken in letzter Reihe rankt, gibt ein etwas klareres Bild: der Gesamtumsatz des Instituts beträgt fast 100 Milliarden, die Gläubiger (hauptsächlich Depositenkunden) haben fast 24 Milliarden Mark zu fordern, der Bestand an Scheckanweisungen und Wechseln ist von 742 Millionen auf über 14 Milliarden gestiegen.

Die vertikale Gesellschaftsbildung von Rohprodukt bis zum feinsten Fertigfabrikat macht von Tag zu Tag neue Fortschritte. Ausländisches Kapital wird in beträchtlichem Umfange herangezogen. Die gegen eine Ueberfremdungsgesfahr geschaffenen Konzernstrukturen konzentrieren die Macht in der Hand verhältnismäßig kleiner Gruppen und geben diesen eine ausschließliche Gewalt über die Entwicklung dieser Riesenunternehmen und damit über unsere gesamte Wirtschaft.

Die Regierung ist ohnmächtig gegenüber der ungeheuren Macht, die ihr herrschgewaltig entgegentritt, die durch eine immer härtere Einbeziehung der Presse einen Teil der öffentlichen Meinung bildet und die vor allem rücksichtslos bereit ist, sich gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Aufgabe des Proletariats aber ist es, in klarer Erkenntnis dieser wirtschaftspolitischen Situation den Kampf gegen die Diktatur des Kapitals aufzunehmen und die Idee der sozialistischen Gesellschaft zu verwirklichen. Der Wahltag am 6. Juni gibt ihm durch Befundung dieses Willens die Gelegenheit dazu.

Ein Bußschiff über den Bultsch.

Oberst Bauer, geliebter Vater Rudendorfs im Kriege und Spiritus rector des Rapp-Bußschiff, wird bestrebtlich verfolgt. Das sieht den Mann nicht an, Memoren über das Verschreiben des 18. März zu schreiben und sie unter totem Namen in einem Münchener Verlag erscheinen zu lassen. Seine Schrift zeigt im allgemeinen, von welcher trostlosen politischen Oede die Generalschicksale waren, die im Kriege das Herz Rudendorfs schmerzten. Es wird uns wieder einmal unbewußt verständlich gemacht, daß der Weltkrieg für Deutschland völler allen Umständen verloren gehen mußte.

Im übrigen spricht sich Oberst Bauer ganz offen über den Rapp-Bußschiff aus. Er sagt uns, daß der General Rittwisch schon seit langer Zeit die leitenden Offiziere der Reichswehr für sich gewonnen hatte. Sie und auch die Führer der Sicherheitspolizei unterstellten sich ihm bedingungslos, nur ein kleiner Teil war skandalös. Am 18. März, als Rittwisch das Reichswehrministerium übernahm und gleichzeitig das Oberkommando über das Reichswehrgruppenkommando I befehligte, ließ er sämtliche Kommandanten der Berliner Truppenteile und der Sicherheitspolizei zu sich rufen. Auch diese sagten ihre Befolgung zu, so daß tatsächlich am 18. März vermittels die gesamten Städte und Truppen des Gruppenkommandos I sowie die Sicherheitspolizei für Rittwisch erklärt hatten. Der Führer des Reichswehrkommandos III, General von Oden, soll sich umsonst bemüht haben; er wurde deshalb von Rittwisch seinen Posten entzogen, kam aber nachmittags zu diesem und versicherte ihm, daß er sich für das Unternehmen einsetzen

wird und sich Rittwisch von dortheraus zur Verfügung gestellt habe. Er empfand die Befehle als schwere Ehrenkränkung. Nach dieser Erklärung wurde er wieder in seine Stellung eingesetzt.

Wichtig ist auch, daß Oberst Bauer den Generalen u. Schälzer und u. Watter bescheinigt, daß sie sich „ganzlich auf keine Seite gestellt haben“. Sie wollten also erst abwarten, wie der Wind blüht und sich dann auf die Seite schlagen, die siegreich blieb. Gerade aus der Schrift des Obersten Bauer erfahren wir, daß das Märchen, die Reichswehr und Sicherheitspolizei habe sich in ihrer Mehrheit zuverlässig gesetzt, den Tatsachen nicht entspricht. Es ist dies zwar längst kein Geheimnis mehr, aber da die Regierung sich heute noch darauf stützt, ist es gut, wenn auch ein Mann wie Oberst Bauer die Auffassung der Regierung widerlegt. Nicht interessant ist es, daß die Rapp-Regierung sich auch mit dem Gedanken eines Judenpogroms trug, um ihrer schwindenden Macht eine festere Grundlage zu geben. Oberst Bauer schreibt darüber:

Von allen Seiten liefen Mahnungen ein, gegen die Juden einzuschreiten. Ich lehnte jedoch ab. Es wäre nichts einfacher gewesen, als ein Judenpogrom zu inszenieren, das die breiten antisemitischen Kreise sofort zu aktiver Mitarbeit herangezogen hätte.

Durch diese Auslösung werden die rechtsstehenden Parteien schwer belastet, denn niemand anders als sie sind es gewesen, die die Aufforderung gegen die Juden einzuschreiten, an die Regierung Rapp-Rittwisch ergangen ließen. Wenn es nicht zu dem gewünschten Pogrom kam, so war dies dem energischen Widerstand der Arbeiterklasse zu danken, die der Herrschaft der Juden vorzuziehen ein frühzeitiges Ende setzte.

Russische monarchistische Treibereien in Berlin.

Der Berliner Vertreter des Daily Herald, Philip Price, macht seinem Blatt einige Mitteilungen über die Hintergründe der polnischen Offensive gegen Rußland.

Wie er schreibt, hat sich ein neues Zentrum der russischen Monarchisten und Reaktionäre in dem Salon der Fürstin Mariatinsky, die sich jetzt in Berlin aufhält, gebildet. Hier treffen sich russische und französische Offiziere und diplomatische Agenten, die Führer der verschiedenen antisowjetischen Bewegungen, deren Hauptquartiere in Deutschland sind.

Wie Price fort, ist der Oberst Rodzianko, der Neffe des früheren Duma-Präsidenten damit beschäftigt, eine Zentralstelle für die Rückführung russischer Emigranten zu schaffen. Es sei vorgesehen, jeden Angeworbenen 1000 Mark in bar zu geben und auf einer deutschen Bank 30 000 Mark für seine Familie zu hinterlegen. Diese Summe sei festgesetzt durch das geheime Referat der japanischen Regierung, das sich hier in Berlin befindet, und das heimlich Offiziere der zaristischen Armee nach Mladinopol sendet.

Die Pläne der russischen Reaktionäre gehen dahin, die mit Hilfe der Polen besetzte Ukraine als Ausgangspunkt für den Angriff auf Rußland zu benutzen. Um die nationalistischen Elemente der Ukraine für diesen Plan zu gewinnen, ist vorgesehen, den ukrainischen Hetman mit einer gewissen Schwarm-Autonomie einzusetzen, drei Randbezirke kommen für den Hetman-Posten in Frage. Der erste ist Poltawa, Ostrowitz, ein Großgrundbesitzer aus der Gegend von Poltawa. Dieser Mann hält sich zwar jetzt in Berlin auf und seine Kandidatur hat die Unterstützung englischer diplomatischer und militärischer Kreise.

Der zweite Kandidat ist Fürst Wassili Kotschub, ein Monarchist, der zur Zeit in Paris lebt und sich der Unterstützung des französischen Antisowjetischen Komitees erfreut.

Der dritte ist Stropodsk, der sich ebenfalls in Berlin befindet, aber wie es scheint, wenig Chancen besitzt.

Die ganze Bewegung wird außerdem von der ukrainischen Gruppe Uleschowsky unterstützt. Diese Gruppe, die im vorigen Winter in Wien gebildet wurde, hat neuerdings das Feld ihrer Tätigkeit nach Berlin verlegt. Ihre Führer sind: Lepinsky,

Scherpel, Stropodsk, Vertreter der äußersten Rechten in der ukrainischen Kade.

Diese Gruppe stützt sich wieder auf die reiche Grundbesitzerklasse der Süd- und Westukraine. Es sind dieselben Leute, die die Deutschen feinerzeit in die Ukraine brachten, und verdrängten teilweise hinter dem Rücken der Bolschewiki die Frieden von Brest-Litowsk schlossen.

Das Wahlergebnis in Braunschweig.

Bei den Wahlen in Braunschweig haben erhalten: Unabhängige Partei 80 000, Rechtssozialisten 80 000, Landeswahlverband 81 000, Demokraten 20 000, Kommunisten 2000 Stimmen. Die Demokraten haben im ganzen Lande Braunschweig über 36 000, die Rechtssozialisten über 28 000 Stimmen verloren. Gewonnen haben der Landeswahlverband 25 000, die Unabhängigen 30 000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug ungefähr 75 Prozent. Der Landeswahlverband erhält 24 (bisher 18), die Unabhängigen 23 (bisher 14), die Rechtssozialisten 8 (17), die Demokraten 5 (18), die Kommunisten keinen Sitz.

Nach der Konferenz von Gnythe.

Amsterdam, 17. Mai.

Laat „Algemeen Handelsblad“ schreibt: „Daily Mail“ zur Konferenz in Gnythe: Die Deutschen sollten nunmehr begreifen, daß die Alliierten keine weiteren Spitzfindigkeiten dulden werden. „Daily News“ bemerkt, bezüglich des Kriegsmaterials müsse der Friedensvertrag bis auf die letzte Kanone durchgeführt werden, aber Deutschland müsse genug reguläre Truppen behalten, um innere Unruhen hantanhalt zu können. Dies liegt ebenso im Interesse der Alliierten, wie die Festsetzung der Entschädigungssumme. „Daily News“ sagt weiter, daß das, was in dieser Woche erreicht worden sei, wichtiger sei als irgend etwas anderes. Niemand habe mehr Grund befanden, Männer zu beghütungsweisen, die ihr Wahlversprechen gehalten hätten. „Daily Herald“ sagt: Niemand scheint zu wissen, wieviel Deutschland zahlen kann, und wann und wie es bezahlet wird. Aber auf jeden Fall ist die unbeschränkte Kapitalhilfe, die eine schändliche Aufgabe alles dessen bedeutet, was das zur Erfüllung absolut Unausführliches übersteigt, aufgehoben. Jetzt besteht wieder Hoffnung für die Deutschen und für alle Mitteleuropäer.

Englands Verzicht zugunsten Frankreichs.

H. N. London, 18. Mai.

Der Vertreter des Reutersbureaus in Gnythe berichtet, daß die endgültigen Entscheidungen bezüglich Deutschlands als eine rechtliche Regelung der sehr schwierigen Frage betrachtet werden. Frankreich erhalte zwar Vorteile von sehr großer Bedeutung, die England sehr viel kosteten, obwohl England allerdings nur zu geringen Verhältnissen machte, die es im Interesse Frankreichs für notwendig hielt.

Die große Gefahr. Auf der Düsselbacher Tagung des Augustiner-Vereins sprach der Reichsminister Wiesner über die Not der Zeitungen und sagte dabei, daß die größten Gefahren für das Zeitungsgewerbe in dem Vorgehen des Stinneskonzerne liegen, der bisher sechs große deutsche Zeitungen und sechs Papierfabriken aufgekauft habe. — Stinnes bereitet mit diesen Käufen die Diktatur der Schwerindustrie vor und die Koalitionregierung sorgt dafür, daß der Schwerindustrie dabei keine Schwierigkeiten erwachsen.

Reisebesetzung der Regierungskämmer in Hannover. Am Sonntag fand in Hannover unter Vorsitz des Ministers Seebert eine Zusammenkunft von Vertretern der drei Koalitionsparteien statt, die sich mit der Reisebesetzung der obersten Verwaltungsgeschäften in der Provinz beschäftigte. Die Reichssozialisten verlangten den Posten des Oberpräsidenten, den sie nunmehr endgültig mit Sabelum besetzen wollen. Die Demokraten erhalten den Posten des Regierungspräsidenten in Hannover und wollen die Person dafür bis Rittwisch der Regierung nennen. Den Regierungspräsidenten in Hildesheim stellt das Zentrum. Es wird im Laufe der Woche mit Vorschlägen dafür hervortreten.

Erinnert Ihr Euch?

Das endlose polnische Land. Raum gewollt, ist es eintönig ausgebreitet, traurig, lehmig, schmutzig. Und nun ist dieses Land leer.

Kilometer auf Kilometer kein Mensch. In ganz großen Hofstücken begegnet die wohl einmal ein Bauerlein mit einem Bogen und seinen zwei kleinen Pferden. Er sieht demütig die Höhe. Seine Augen sind nicht freundlich.

Kilometer auf Kilometer kein Mensch. Was die auffällt, sind die zahlreichen Schieber an allen Ecken und Kanten: „Für Klappen-Kommandanten“, „Für Entlassungskontroll“, „Für Mannschaften verboten“, „Für Offiziere“. Was ist das? Die Preußen sind im Land.

Da, hinten an der Scheune, Menschen. Ein Trupp von vielleicht vierzig oder fünfzig Mann steht dort und in nachlässiger Haltung in zwei Reihen. Mühselig, gelangweilt. Ohne Hoffnung. Mit Recht in Grau gekleidet. Die Angestellte sind nicht mehr gut. Die Dofen lange nicht gewechselt. Viele Jaden gestift. Die Augen Miden träube. Die Gesichter sind lehmig oder farblos. Die Leute sehen nicht gut aus.

Nun kommt Bewegung in die kleine Gesellschaft. Ein fetter und wohl aussehender Mann ist vor sie hingetreten. Sein praller Woffenrock umschließt ein stattliches Bäuchlein. Er ruft etwas. Die Leute rufen zusammen und stehen wie die Mauer. Der Mann vor ihnen schimpft. Du höst nicht nach genug und kennst nicht alles hören. Du hörst: „Hummel!“ Auf den Trab bringen...! Wie ins Juchheul!... Verdammt Bande —! Nun werden gewiß die Beschimpften sich auf den fetten Mann stützen und — — Nicht. Sie haben wie die Mauer.

Aus dem kleinen Hause hinter der Scheune kommt noch ein Mann. Er ist im Gegensatz zu allen anderen elegant angezogen und hat brillante Gesichtsfarbe. Im Auge hat er einen Scherben. In seiner Hand wippt nachlässig eine Kettgerete. Der fetter Mann brüllt entschuldig. Die Köpfe fliegen herum. Nach links. Zu dem Mann mit dem Scherben. Der steht gar nicht hin. Dann schlendert er langsam vor die Front.

Du kannst nicht hören, was er sagt. Du kannst es nicht verstehen. Du kannst vielleicht all das, was da geschieht, nicht verstehen...?

Dann laß die Jagen, daß diese da — diese vierzig da — eine Armee und unruhige Arbeit schon seit Jahren hier im fremden Lande verrichten. Für wen? Das wissen sie nicht. Wie lange schon? Das wissen sie nicht. Wie lange noch? Das wissen sie nicht. Diese vierzig da — sie sind nur eine kleine Truppe.

Was so wie sie — so werden sich Tausende und Hunderte

laufende in Polen, in Bannern, in Rumänien, in ganz Europa herum — zum Ruhm ihrer Fahnen. (Die Fahnen stehen zu Hause im Zeughaus. Sie haben sie nie gesehen.) Tausende und Hunderttausende stehen und liegen hier mühsam — arbeiten hier mühsam und umsonst für eine Sache, von der sie nichts haben, von der sie niemals etwas haben werden — die ihnen gleich ist. Aber sie wissen: vor ihnen steht der Feind. Und hinter ihnen das Juchheul. Das ist ihre Welt.

Aber wie ging es so lange? Es ging so lange, weil auf vierzig immer einer kam, der's besser hatte als sie. Weil auf zweihundert immer einer kam, der wie ein Gott lebte, wie ein Gott geht und wie ein Priester bezahlt wurde. Die treiben. Und lassen nicht nach.

Erinnert ihr euch —? Wohl ihr das noch einmal —? Diese Jahre voller Qual, voll stillen Wärtzertums, voll Pladerei und Schindens? Noch einmal?

Wenn ihr's nicht wollt —; vergesst nicht.

Jgnas Wrobel.

Berliner Wähler-Woche.

Während in Hallein Wilhelm Wenzelberg sein der Roberte gewandertes Lebenswerk durch ein Wählerfest fränk, kamen wir im ärmlichen Deutschland durch Zufälle zu einer Wählerwoche, ein neuer Beweis, daß die Kunst dieses reichen und ergreifenden Schöpfers nun auch in Berlin adgültig zur Geltung gekommen ist.

Die II., V., VI. Symphonie wurden gespielt. Die zweite ist allen Musikern vertraut und wußt doch auch den Jahn zu Jahn. Die fünfte bürge sich ein; die sechste ist fast neu. Die fünfte beginnt mit einem Trauermarsch von grandioser Macht, sein Trauermarsch auf einen „Helden“, sondern auf ein Leben, ein Schicksal — eine heroische Resignation. Das Werk ist ungewöhnlich sehr reich, formal unruhig, fast nicht so erfüllt wie die anderen großen Werke Wagners. Wie in diesen Symphonien ist in der Sechsten das ewige und durch die Zeiten behagige Ringen des Menschen um seine äußere Befreiung und innere Erhebung dargestellt. Der Konflikt zwischen operativer Tat und seligem Retorsions rückt das Werk neben die I. Symphonie, die hier größer und reifer wiederholt, erscheint.

Die Aufführungen wurden von jungen Dirigenten geleitet. Negrowitz, ein erstklassiger Routinier, ersteht in der II. Symphonie Größe durch gedehntes Tempo. Sabine Nenen und besonders Olga Schaeffer sangen die Soli mit feinsten Feinheit. Klaus Pringsheim, ein neuer Mann, gewinnt nach wenigen Tagen durch Umsicht und Reantus des Werkes. Im Laufe der Aufführung pläde man stets für Erschütterung nur eine überlegene Gewandtheit. Hans Unger, der Dirigent

der fünften, ist ein erstaunlich frisches, natürliches Talent, von dem man Wagners Werke hören möchte. Heute beherrscht er schon die Klangmassen, nächstens wird er sie abzurufen haben. Der Beifall war nach allen Aufführungen sehr groß, die Herzen fühlten den Strom einer jungen, gegenwärtigen Kunst.

Helig Köpflinger.

Im Neuen Opernhaus hat „Prinzessin Friedri“ die kleine Höhe“ abgelöst. Für manche Leute muß es etwas immer etwas „Durchschnittliches“ geben. Was man spielt. Die kleine Höhe mit Bedes, Mädchen nebst Poppassa und Trubala. Dieses hatte der Ascher mit musikalischer Ergreifigkeit besetzt, während für Gelangstige um. Direktor Kron einnahm. Wenn es nicht zu sehr ins Weinerliche und Längliche geriet, konnte man sich demnächst gefallen lassen, was da herumwühlte. Mit Kräften wie den Herren Saba, Streich und Welter meier sowie den Damen Erna Ritter und Lotte Wertheimer hat auch die überlebte Sache gewonnenes Spiel. Ueberlebt? Nicht nein, das Genre stirbt nicht, dafür leben wir auch im Lande der „Dichter und Denker“.

In der Staatsoper muß eingetretener Hindernisse wegen die für heute angelegte Erkaufführung der dritten Collette-Neuheiten „Die“ und „Kostümball“ und der sonstigen Oper „Der Siegelt“ auf übermorgen, Donnerstag, 20. d. M., verlegt werden. Gegeben wird statt dessen heute „Madame Butterfly“.

Im Deutschen Opernhaus (Charlottenburg) fragen in der am Donnerstag stattfindenden Erkaufführung von „Lolca“ Malaba Salbarm und Huboli Krausball die Australische Provinz zum hundertsten Male „Vorfahrt“.

Im Wallertheater hat die Sommeroper mit ihrem bestverwendenden Spielplan und einigen namhaften Gästen trotz mangelhafter Schwächen im Chor und Ensemble einen bemerkenswerten Erfolg gehabt.

Im Bernhard-Ross-Theater beginnt am 20. d. M. das Spiel der Komischen Oper mit „Schwarzwaldbühel“. „Das Hühnerbühel“ wird jetzt an den Sonntagabend im Theater am Kollentorplatz gegeben. Gute Darstellung verbürgt dem alten Volksstück mit Gesang eine sehr freundliche Aufnahme.

Im Wallertheater findet am Samstag, den 22. Mai, die Erkaufführung des Schauspiels „Kasernenluft“ von Stein und Schögen statt.

Im Theater des Westens findet am 1. Juni die Erkaufführung des Schauspiels „Der Schrei nach dem Kind“ statt.

Für Professor Einstein wird eine holländische Platte in Leyden ein Lehrbuch geschaffen. Und in Deutschland...

Keine Bezahlung der Generallstreiklage.

Beschluß des Reichsrats. — Wahlschwindel und Zukunftsmut.

Der Reichsrat beschäftigt sich mit dem Entwurf über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verluste an Arbeitseinkommen aus Anlaß des Generallstreiks. Der Berichterstatter führte aus, daß durch diese Verordnung eine Entschädigungspflicht der Arbeitgeber für Verluste, die ihre Arbeitnehmer an ihrem Arbeitseinkommen während des Generallstreiks erlitten haben, zwangsweise eingeführt werden soll. Die Arbeitnehmer sollen verpflichtet sein, eine Entschädigung mit ihren Arbeitgebern zu vereinbaren; kommt hierbei keine Einigung zustande, so ist die Regelung der Frage einem Schlichtungsausschuß zu überweisen, der, wenn auch hierbei keine Einigung zustande kommt, bindende Entscheidungen trifft.

Auf die Frage, ob eine Aufforderung der Regierung zum Generallstreik vorliegt, ließ die Regierung im Ausschuß erklären, daß sie eine derartige Aufforderung zum Generallstreik nicht erlassen habe.

Der Berichterstatter führte alle Momente an, die im Ausschuß für und gegen die Vorlage vorgebracht worden waren. Die Mehrheit des Ausschusses sei der Überzeugung gewesen, daß diese Materie nicht in der vereinfachten Form der Gesetzgebung im Verordnungswege erledigt werden könne, und habe deshalb die Verordnung abgelehnt.

Reichsminister Dr. Dautz erklärte, daß der Weg über die Nationalversammlung nicht mehr gangbar sei, es sei ganz unmöglich, diese Vorlagen auf gesetzgeberischem Wege noch unter Dach und Fach zu bringen. Die Ablehnung auf dem Wege der Verordnung bedeute das Fallen der Vorlage, was er namens der Regierung sehr bedauern würde. — In der Abstimmung wurde die Vorlage

mit 39 gegen 15 Stimmen abgelehnt, nachdem ein Vertreter Preußens erklärt hatte, daß der Reichsrat zu einer materiellen Prüfung der Vorlage im Wege der Gesetzgebung bereit sei.

Der Reichsrat stimmte sodann der Errichtung des Verlehrsbeirats beim Reichspostministerium zu.

Hier wird ein infames Doppelspiel getrieben, um das Unternehmertum in seiner unerschöpflichen Drückbereitschaft vor jedem Opfer für den so laut bejubelten Kampf für die Verfassung zu unterwerfen. Der sonst so verordnungsgläubige Reichsrat lehnt in diesem ungewöhnlichen Falle den Verordnungswege ab, um die Erledigung der Vorlage auf den nicht mehr gangbaren Weg der regulären Gesetzgebung zu verweisen. Die Regierung heuchelt Wohlwollen, bedauert diese Verweigerung des Reichsrats, eine Verordnung zu erlassen, und ist in Wirklichkeit froh, daß sie auf diese Weise dem Zwange überhoben wird, wirkliche Maßnahmen für die Bezahlung der Generallstreiklage zu treffen. Beide Gruppen, Regierung und Reichsrat, lächeln einander verständnisvoll an, während die Vorlage von dem einen Seiten gleich auf das andere, bewegen sich selbst im Kreise wie auf einer Drehscheibe, um die Vorlage danach mit trefflich konstruierten Scheingründen in einer Vertiefung verschwinden lassen zu können.

Inzwischen hat man Zeit gewonnen und kann den Mund in der Wahlbewegung voll nehmen mit neuen Versprechungen. „Demokratische Arbeitgeberkreise“ schreiben dem „Berl. Volksblatt“, daß es selbstverständlich sei, daß die demokratischen Unternehmer die Bezahlung der Streiklage während des Ruhr-Kampfes durchzuführen würden. Die Zukunft behauptet sogar, „demokratische Arbeitgeber“ seien ungeneigt darüber, daß die demokratischen Fraktion der Nationalversammlung den Antrag unserer Partei auf Bezahlung der Streiklage abgelehnt haben. Das sei damit zu erklären, daß der Genosse Deake die Bezahlung aller Streiklage verlangt habe, während die demokratischen Parlamentarier die Bezahlung nur bis zu dem Termin zugelassen könnten, an dem die demokratische Partei sowie die „demokratische Streikleitung“ den Generallstreik als beendet erklärte. Es werde selbstverständlich dem neuen Reichstag eine Vorlage unterbreitet werden, die die Bezahlung für diese begrenzte Zahl der Streiklage fordert werde.

Das ist Wohlwollen überbietet. In Wirklichkeit begrüßen die „demokratischen Arbeitgeber“ sowie ihre politischen Agenten, die demokratischen Politiker, in der Stille ihres Herzens freudig die Ablehnung der Bezahlung durch den Reichsrat. Sie sind froh, daß er sie der Notwendigkeit überhebt, sofort Schritte zur Durchführung der Bezahlung zu unternehmen. So können die Demokraten mit der Miene von Heldenmännern und Volkshelden Versprechungen in die Wahlbewegung hinausposaunen, während sie innerlich der ruhigen Überzeugung leben, daß sie nie genötigt sein werden, die Versprechungen einzuhalten.

Wie fördern wir die Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter?

Mit diesem Thema beschäftigte sich am Montag eine Versammlung der Angestellten-Vertriebsräte, die von der Vertriebsrats-Zentrale einberufen war. Wegmann als Referent führte aus: Die Vertriebsrats-Zentrale sei wegen ihrer Zusammenfassung der Hand- und Kopfarbeiter in eine besondere Räteorganisation von allen Seiten angegriffen worden. Einen unehrlichen Kampf führe die A. S. Arbeiter erklärt es als unmöglich, daß die Vertriebsrats-Zentrale gewerkschaftliche Aufgaben übernehmen habe. Der Aufpaßendienst der Vertriebsratsorganisation sei so groß, daß sie sich gar nicht in den gewerkschaftlichen Tageskampf einmischen könne.

Wenn die A. S. konsequent sozialistisch arbeiten wollte, hätte sie aufgehört zu existieren. Man sage der Räteorganisation nach, sie treibe die Arbeiter voran zu neuen Kämpfen, die dann die Gewerkschaften finanzieren müßten. Die ganze Politik der Gewerkschaften sei von der Angst um die Kassen beherrscht. Die kommenden Kämpfe könnten aber gar nicht finanziert werden. Die schließende Reaktion rückt immer näher, die Gewerkschaften seien in der Organisation der Arbeiter unzulänglich. Nur eine einheitliche Räteorganisation sei geeignet, zukünftige proletarische Aktionen erfolgreich durchzuführen.

Genosse Dautz als zweiter Referent beschäftigte sich ausführlich mit dem Verhalten der A. S. Diese habe das Zusammengehen der Hand- und Kopfarbeiter bewußt hintertrieben. Die Forderung der A. S. sei veranlaßt durch die Rücksicht einiger Führer, unter allen Umständen ihren Einfluß in der Angestelltenbewegung zu erhalten. Die von der A. S. ausgegebene Parole: „Vereinigung der Kopf- und Handarbeiter“, sei nur eine schöne Geste, die man nicht in die Tat umsetzen wolle.

Genosse Dautz verteilte die Ansicht, daß die Räteorganisa-

tion den besten Boden für die Einigung der Arbeiterklasse abgibt. Die Gewerkschaften hätten sich zur Führung des Klassenkampfes unfähig erwiesen. Der Versuch, sie zu revolutionieren, müsse scheitern.

Genosse Dautz wandte sich gegen den „Arten Angestelltenverband“. Wenn die Zeitung nicht nur eine Rolle spielen wollte, werde sie in kurzer Zeit das schädliche Treiben selbst einschänken. In Bezug auf die A. S. erklärte sich Dautz mit den Ausführungen dieses einverstanden. Notwendig ist es, zur Situation in der Rätebewegung Stellung zu nehmen, nichtbeteiligung an der gewerkschaftlichen Räteorganisation ist ein Fehler, wir müssen hingehen, um sie in unserem Sinne auszubauen und dadurch verhindern, daß sie zu einem gewerkschaftlichen Hilfsapparat degradiert wird.

Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß die Vertriebsräte auseinandergerissen werden. Hand- und Kopfarbeiter gehören in eine noch Industriesgruppen geordnete Organisation.

Genosse Silbermann als Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten verteidigte das Vorgehen der A. S. Die Angestellten haben eine andere Aufgabe im Produktionsprozeß. Infolge ihrer besonderen Vorbildung ist die gemeinsame Schaltung mit den Arbeitern nicht durchführbar. Die besondere Räteorganisation kommt durch den Parteikampf nicht zum Handeln.

Stärkt den Wahlfonds!

Zur Aufbringung der materiellen Opfer für den Wahlkampf hat die Berliner Vertriebsleitung

Wahlfondslisten

ausgegeben. Ohne Geld können wir keinen Kampf führen. Deshalb ergeht an alle Genossen und Genossinnen der Aufruf:

Sorgt dafür, daß die Wahlfondslisten schnell in Umlauf kommen und gut gezeichnet werden!

Die auf der Liste gezeichneten Beträge sind schnellstens beim Genossen Dautz, Schildstrasse 6, abzuliefern.

Der große Streik in Frankreich.

Nach den weiteren Ausführungen einiger Redner für die gemeinsame Organisation der Hand- und Kopfarbeiter in einer Räteorganisation wendet sich Dautz im Schlußwort gegen Silbermann. Dem Ständebüchlein weiter Angestelltenkreise dürfen keine Konzessionen gemacht werden. Die Angestellten müssen sich freimachen von der Bevormundung ihrer Führer. Genosse Wegmann stellte in seinem Schlußwort fest, daß die Vertriebsratszentrale unbefristet das Verbot habe, die Organisation der Räte in Bezug gebracht zu haben. Aus dem Drängen der Vertriebsräte nachgehend, die auf Material warten, habe man dieses herausgegeben. Die Bureaucratie kann nur wirksam bekämpft werden, wenn alle Funktionäre nach nicht zu langer Zeit wieder in ihren Beruf zurückkehren. Die Entscheidung über die Zukunft der Vertriebsratsorganisation werden die Delegierten der Vertriebsräte in der demnächst stattfindenden Generalversammlung treffen. Unter allen Umständen müssen die Räte Träger der Sozialisierung werden. Sie allein sind auch berufen zur Durchführung einheitlicher politischer Aktionen.

Der große Streik in Frankreich.

Der Schlag, den die französische Regierung gegen die streikenden Gewerkschaften geführt hat, war ein Aufbruch und ist ohne Wirkung geblieben. Nach wie vor nimmt der Streik an Ausdehnung zu. In der Provinz, in Bordeaux, Marseille, Geste, Toulon, Lille und Montpellier ist die Arbeitsruhe vollständig.

Der Streik der Badarbeiter breitet sich immer weiter aus. Aber nicht nur das Personal steht im Streik, in La Villette haben sich auch die Leiter des Werks geweigert, „Gelbe“ zu sein und haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt.

In Saint Denis versuchten die Streikenden die Kohlen-Verladeanlagen zu verhindern. Die Polizei rief beim Einklinken Soldaten zu Hilfe: diese gehorchten aber nicht dem Befehl zum Laden, so daß der Polizeikommissar nach Paris telephonieren und eine Eskadron Gendarmen herbeirufen mußte.

Ueber die allgemeine Streiklage in Frankreich schreibt Genosse Daniel Renoult im „Populaire“ vom 16. d. M.:

Die zweite Streikwoche ist zu Ende.

Eine nach der anderen sind die Gewerkschaften in den Streik getreten und tun ihre Pflicht. Wenn es auch hier und da einige Niedererschlagene gab, so war doch die Disziplin wunderbar und die Begeisterung groß für das hohe Ziel der C. G. T. Noch nie in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung hat man eine Schlacht gesehen, die diese an Ausdehnung und Höhe des Ziels übertraf.

Es ist unumgänglich, daß eine derartige historische Tatsache nicht eine neue Situation erzeugt.

Schon hat die große Sache der Nationalisierung, für die die C. G. T. die Arbeiterbataillone hat marschieren lassen, einen ersten Sieg errungen. Im gleichen Augenblick, wo die Regierung, um den Hochzeiten zu gedenken, sich mit einer hochmütigen Gebärde hoch aufrichtet, setzt sie auf die Tagesordnung der Kammer die Frage der Nationalisierung.

Aber das ist noch wenig. Besonders wichtig ist, daß sie sie vor dem ganzen Land während des großen Streiks gestellt hat. Das zählt anders als eine Eintragung auf den Kalender der parlamentarischen Tagesereignisse: das Prinzip der Einwirkung der Produzenten und Verbraucher in die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ist durch das Opfer unglücklicher Arbeiter, die für diese Idee gekämpft und gestorben haben, angeregt und neu belebt worden.

Man muß so unmissend in sozialen Fragen sein wie unsere Revolutionen, um zu glauben, die C. G. T. sei besiegt und würde verschwinden!

Die moralische Stellung der Arbeiterorganisationen wird nach diesem Kampfe härter sein. Nicht nur das, diese Demonstration der proletarischen Kraft und der Solidarität, die die verschiedensten Gewerkschaften verbindet, wird einen starken Einfluß auf die politische Lage des Landes ausüben und der Reaktion zu weichen geben.

Die Kameraden, die mit jeder Art kämpfen und bis zum Ende aushalten werden, können stolz auf ihre Handlung sein und mit Vertrauen in die Zukunft sehen.

Dasselbe Vertrauen, das Renoult den kämpfenden französischen Arbeitern ausdrückt, ist auch das internationale Proletariat in die unvergängliche revolutionäre Energie der französischen Arbeiterklasse. Auch in Frankreich geht es vorwärts — das ist die wichtigste Lehre des großen französischen Streiks.

Verhaftungen und Streikstrafen. — Berufung des Bundeskomitees der C. G. T.

Inzwischen setzt die Regierung ihren anscheinend völlig planlosen Gewaltkampf gegen den Streik fort. Am Montag wurde der Redakteur des „Journal du Peuple“ und des „Populaire“, Couvarine, verhaftet. Die bel. Couvarine vorgenommene Hausdurchsuchung führte zur Beschlagnahme zahlreicher Dokumente und einer umfangreichen Korrespondenz mit der Schweiz und Holland. Couvarine, der 1893 in New York geboren ist, ist des „Vergehens gegen die Sicherheit des Staates und anarchistischer Umtriebe“ angeklagt.

Anscheinend ist das die Antwort auf den tapferen Artikel Renoult's im „Populaire“. Ferner wurden sechs Mitglieder des Anarchistenbundes wegen Herstellung eines antisemitischen Plakates verhaftet.

In Decazville kam es zu Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und Bürgern. Auf beiden Seiten gab es eine große Anzahl Verletzter. Militär wurde zur Unterdrückung der Unruhen herbeigeholt.

Der leitende Ausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) hat das nationale Bundeskomitee der C. G. T. für Mittwoch zur Beratung über die Streiklage nach Paris einberufen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften in der Revolution.

P. N. Die Aufgabe der politischen Neutralität durch den Gewerkschaftsbund ist eines der bemerkenswertesten Ergebnisse der Märzrevolution. Der Angriff auf die Grundrechte jeder gewerkschaftlichen Massenbewegung, den der Kapp-Putsch darstellte, zwang auch den Gewerkschaftsbund zu entscheidenden politischen Aktionen. Die Märzrevolution hat nun zwar den Kapitalismus erschüttert, aber noch nicht die politischen Vorbedingungen zu grundsätzlicher Veränderung der Produktionsverhältnisse geschaffen. Deshalb bleiben alle Probleme der gewerkschaftlichen Organisation, der Politik im Lohnkampf des Zusammenwirkens von Gewerkschaften, politischen Parteien und Arbeiterräten bestehen, ja, sie werden durch die neue Entwicklung beschärft und gewinnen noch an Augenblicksbedeutung. Der Kampf mit kombinierten Waffen, die Ausnutzung aller Kampfsmöglichkeiten, die schnelle Anpassung an veränderte wirtschaftliche und politische Umstände sind in der Zukunft notwendiger denn je, wenn es gelingen soll, die Märzrevolution nicht zu einer Episode, sondern zum Beginn einer neuen Phase der sozialen Revolution werden zu lassen. Die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in der Revolution ist durch die letzten Ereignisse wieder zur Diskussion gestellt, und es ist unerlässlich, daß die Gruppe von Fragen, die sich an diese Kernfrage knüpfen, in der Arbeiterklasse sachlich und gründlich erörtert werden.

Ein Führer in diese Reihe von Problemen ist die Broschüre des Genossen Richard Seidel „Die Gewerkschaften in der Revolution“ (Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. 8 M.), in der eine Reihe von Artikeln vereinigt sind, die größtenteils in der „Freiheit“ erschienen. Geht auf eine wissenschaftliche Untersuchung des kapitalistischen Produktionsprozesses und der heutigen Wirtschaftslage, untersucht Seidel die Aufgaben der Gewerkschaften, ihr Verhältnis zur Rätebewegung und sehr eingehend die Theorie des neuen Syndikalismus, jenes schwindlichen Klägers einer jetzt in Frankreich bereits überlebten Theorie und Praxis aus den Anfängen der Arbeiterbewegung. Besondere Beachtung verdienen aber das Vorwort und der bisher unerschlossene Einleitungsartikel über die allgemeine Lage im ersten Jahre der Revolution.

Es kennzeichnet den wissenschaftlich politischen Charakter der allgemein verständlich geschriebenen Aufsätze, daß sie durch die Märzereignisse nicht überholt sind, sondern daß vieles, was der Verfasser zur Zeit der Niederschrift theoretisch konstatierte, heute praktisch geworden ist, daß manches Problem, das er stellte, heute zur Lösung drängt auf dem Wege, den Seidel vorhergesagt hat. Dabei ist Seidel bei der sachlich scharfen Polemik gegen die durch die Talsachen widerlegte offizielle Gewerkschaftspolitik in der Form frei von allen starken Worten, die er durch starke Argumente ersetzt. Gerade in dieser Hinsicht, dabei nichts vertuschende Darstellung der in der Herausarbeitung der Kernfragen und der wirtschaftlich-politischen Voraussetzungen ihrer Lösung liegt ein Hauptvorzug der Schrift, die von einem genauen Kenner auch der internen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung verfaßt wurde.

Der Schiffahrtsstreik auf der Ober. Der Streik der Bootleute und der im Verbands der Selbsthilffischer organisierten Schiffeläger dauert im Bereich der Ober fort. In der vergangenen Woche hat auf der Ober keinerlei Schiffsverkehr stattgefunden. Auch der Rade- und Fischertrieb ruhte nahezu vollständig. Nur in Oppeln wurden 678 Tonnen Kohle umgeladen. In Kofel-Dosen ist inzwischen über einen Teil der dort angeammelten Kohlenladungen anderweitig verfügt worden.

Groß-Berlin.

Achtung! Abonnenten der Freiheit!

Die Abonnenten und Leser der „Freiheit“ werden gebeten, die Nummern der „Freiheit“ nach dem Lesen nicht wegzuworfen, sondern sie den Hausbewohnern und Bekannten weiterzugeben. Das bedeutet für den Wahlkampf eine ungemein wichtige und erfolgversprechende Aufklärungsarbeit.

Vertilgung der Judenratton.

Die Vertilgung der jähfährigen Judenratton infolge Rückgangs der Anbaufläche und ungenügender Produktionsverhältnisse während der letzten Kampagne machen die Aufrechterhaltung der Judenratton bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres trotz weitgehender Beschränkung der zuverarbeitenden Betriebe unmöglich. Die am 1. Juli d. J. ausgegebene Judenratton, die bei der bisherigen Nation auf drei Monate reichen würde, muß daher auf vier Monate verteilt werden. Die Verteilung der Judenratton durch die Kommunalverbände wird dementsprechend eingerichtet werden.

Mit 75 000 Mark durchgebrannt ist ein junger Südafrikaner, der in Berlin Handlungslehrling war, ein 17 Jahre alter, aus Durban gebürtiger Frey Goshen. Der glückliche, der sich auch als Journalist betätigt, tritt sehr gewandt auf und ist etwas nervös. Er sprach fließend und ohne jeden Akzent Deutsch, Französisch und Englisch. Man vermutet, daß Goshen verhaftet wird, nach Johannesburg zu gelangen.

